

Der Zauber von Weihnachten – wider die Kulturkritik am Fest des Jahres

Fortsetzung von Seite 1

gesellschaftlich verordneten Konsumrausch angeprangert – aus der gewissenhaften Suche nach dem richtigen, das heißt dem zum konkreten Gegenüber passenden Geschenk erklärt werden. Er entsteht aus dem Anspruch, die beschenkte Person individuell zu würdigen und ihrer unverwechselbaren Einzigartigkeit durch das auf sie zugeschnittene Präsent Rechnung zu tragen.

Das ritualisierte Schenken zu Weihnachten dient offenbar überwiegend der Beziehungspflege, ist Ausdruck der Empathie für Mitmenschen und echten Interesses an den anderen in ihrer je eigenen Individualität. Dazu passen Umfragen, denen zufolge Menschen mehr Freude beim Schenken als beim ökonomisch-zweckrationalen Akkumulieren von Geschenkgütern empfinden.

Ausdruck von Daseinsfreude – theologische Anschlüsse

Angesichts dieser Beziehungen, die offenbar auch heutige Weihnachtsbräuche zum christlichen Menschenbild aufweisen, überrascht es nicht, dass sich die Theologie neuerdings wieder wertschätzend dem populären „Zauber von Weihnachten“ zuwendet.

Der Fundamentaltheologe Magnus Striet beispielsweise nimmt eine „Sehnsucht von Weihnachten“ bzw. eine „Sehnsucht nach Weihnachten“ theologisch auf. Er ortet im Geschenkeritus, der – wie gesehen – im Ideal eine echte Achtsamkeit der Schenkenden füreinander beinhaltet, die Ausdrucksform einer grundsätzlichen Bejahung des Daseins, eine Annahme der anderen und seiner selbst: „In der Freude über das Geschenk freut sich der Mensch über das Daseindürfen. Er freut sich darüber, beschenkt worden zu sein. Nicht nur mit dem, was ihm zugebracht ist, sondern mit dem Geschenk des Daseindürfens unter Menschen, die ihm wohlgesonnen sind. Und noch mehr gilt das für den Schenkenden. Spätestens dann, wenn er wahrhaft schenkt, bejaht er das Dasein – das Dasein des anderen Menschen, den er beschenkt, und in eins damit das eigene

Seindürfen“ (M. Striet, *Krippengeflüster. Weihnachten zwischen Skepsis und Sehnsucht*, Ostfildern 2007, 81).

In Symbolik und Vollzug von Weihnachtsbräuchen zeigt sich so auch das Gegenteil einer Ökonomie, die alle menschlichen Ausdrucksformen der Gewinnmaximierung unterwirft. Das Religions- und Kulturphänomen Weihnachten ist durchzogen von einem Wunsch, der die ökonomische Realität durchkreuzt, und dessen anfänglicher Erfüllung: ohne Leistung und Vorbedingung (= Idee des Geschenks) in seiner Individualität bejaht, anerkannt und gewürdigt zu werden.

Die religiöse Hoffnung, die zu Weihnachten gefeiert und die zumindest als Sehnsucht von nicht wenigen säkularen Zeitgenossen geteilt wird, lässt sich als Hoffnung auf eine unbedingte Anerkennung der je eigenen Existenz begreifen, die sich Formen von ökonomischer Instrumentalisierung in letzter Instanz entzieht. Es ist die Hoffnung, wie Striet sagt, auf einen „Gott, der die menschliche Daseinsweise würdigt, indem er sie annimmt und in allen ihren Dimensionen teilt“ (ebd. 49).

Weihnachten im Alltag – praktische Konsequenzen

Weihnachten ist Spiegel, aber auch Konterpart einer durchökonomisierten und von instrumenteller Mentalität durchwirkten Gesellschaft. Wenn Weihnachten den Keim einer Kritik an allgegenwärtiger ökonomistischer und verzweckender Logik in sich trägt, wird dieser Botschaft freilich nur dann Rechnung getragen, wenn sie nicht bloß im zeitlich eng begrenzten Bereich eines „Goldenen Zeitalters“ verbleibt.

Damit Weihnachten sich tatsächlich nicht nur in systemstabilisierendem Kitsch und Kommerz erschöpft, sondern die Nachricht von der (göttlichen) Würdigung eines jeden Menschen in seinem Selbstwert aufrechterhält, muss dieser Gehalt auch in den Alltag hinübergerettet werden. Die TrägerInnen der Weihnachtsbotschaft, die Chris-

tInnen, müssen so der Versuchung widerstehen, die gesellschaftskritische Botschaft von Weihnachten vom Rest des Jahres und dem Alltag zu isolieren.

In diesem Sinn kann der provokante Protestsong der wenig bekannten Punkband „Rasta Knast“, der ebenfalls den Titel „Süßer die Kassen nie klingen“ trägt, geradezu zur Gewissensforschung dienen: „Sie singen ‚Halleluja‘ und haben Geld genug da! Mann, was ist das für ein Fest! Und für die Dritte Welt, wo jeder Pfennig zählt, spenden sie vielleicht sogar den Rest! Sie tragen Samt und Seide und tun sich nichts zu Leide! Alle Kerzen brennen hell! Sogar der Obdachlose, der kriegt 'ne Suppendose. Neujahr vergessen sie das schnell!“

Weihnachten wird nur dann richtig gefeiert, wenn die weihnachtliche Botschaft von der wirtschaftlich nicht relativierbaren Würde eines jeden Menschen, „besonders der Armen und Bedrängten aller Art“ (II. Vatikanisches Konzil), bis Neujahr und darüber hinaus anhält und nach Verwirklichung drängt.

Literaturhinweise:

G. Schmied, *Schenken. Über eine Form sozialen Handelns*, Opladen 1996

M. Striet, *Krippengeflüster. Weihnachten zwischen Skepsis und Sehnsucht*, Ostfildern 2007

H. Keul, *Weihnachten. Das Wagnis der Verwundbarkeit*, Ostfildern 2013

Univ.-Prof. Dr. Ansgar Kreutzer, M.A.
Institut für Fundamentaltheologie und Dogmatik, Katholisch-Theologische Privatuniversität Linz

Krise! Welche Krise?

Die Finanzkrise 2008 bildet in der Geschichte unseres Wirtschaftssystems einen bemerkenswerten Einschnitt. Man kann diese Krise durchaus mit der Weltwirtschaftskrise ab 1929 vergleichen: Ende 2008/Anfang 2009 ging der gesamte Welthandel um fast 20 Prozent zurück und 2009 schrumpfte die Wirtschaft im Euroraum um gut vier Prozent. Freilich waren die Auswirkungen auf Länder wie Österreich oder Deutschland moderat, wenn man sie mit damals vergleicht. Die Nationalbanken haben mit drastischen Mitteln das System stabilisiert, und zugleich wurde in Österreich und in Deutschland durch kluge Maßnahmen die Arbeitslosigkeit in erträglichen Grenzen gehalten.

Versäumnisse in der Krise

Aber dem steht ein großes Manko gegenüber: Die Politik hat es verabsäumt, der Bevölkerung stimmig zu erklären, (1) um welche Art von Krise es sich handelt, (2) was die Ursachen dieser Krise sind und (3) vor allem, was man in Zukunft tun werde, um eine ähnliche Krise zu verhindern. Genau das markiert den Unterschied zur Politik von Roosevelt, dem als Präsident der USA ab 1933 eine bemerkenswerte Reform des Wirtschaftssystems gelungen ist. Roosevelt hatte damals in mehreren Reden das Wirtschaftssystem kritisiert und z. B. die unpopulären Bankenrettungen mit einer Reform des Bankensektors verbunden. Weder in den USA noch in Europa wurde ab 2008 Ähnliches unternommen. Die Politik hat keine Geschichte zur Krise erzählt und eine Regulierung der großen Banken wurde (von Details abgesehen) bis heute nicht durchgeführt.

Eine Krise nicht zu erklären, bringt eigene Wirkungen mit sich. Sie macht das Tor für PopulistInnen und DemagogInnen weit auf, die ihre einfachen (und falschen) Geschichten anbieten. In den USA ist z. B. Ende 2008 die Tea-Party-Bewegung entstanden. Sie erzählt die Krise als gigantische Verschwörung. Eine abgehobene Elite,

verkörpert durch BankerInnen und den „Sozialisten“ Obama, hat sich gegen den „kleinen Mann“ zusammengetan, der sein Brot in harter Arbeit verdienen muss. Alle Maßnahmen des Staates seit Herbst 2008 werden dabei in einen Topf geworfen und kritisiert. Sie dienen nur den Interessen dieser Elite: die Programme zur Ankurbelung der Konjunktur, die Hilfen für Banken und auch die Hilfen für Arme mit Zahlungsproblemen. All das ist moralisch unzulässig: Weder den Banken noch den wirtschaftlich Schwachen sollte der Staat helfen. Die Tea-Party fordert die Rückkehr zu den alten Werten der Gründungsväter der amerikanischen Verfassung, einen schlanken Staat, einen drastischen Abbau der Sozialsysteme und eine strenge Budgetdisziplin. Bezeichnenderweise wird die Tea-Party von reichen Personen und ihren Think-Tanks finanziell unterstützt. Eigentlich müssten diese ja zu der von der Tea-Party vordergründig bekämpften „Elite“ gehören – aber das, was die Tea-Party politisch will, findet das Wohlwollen vieler Reicher. Vor allem aber lenkt diese Debatte von dem ab, was Reiche fürchten: ein wirksames Programm zur Eindämmung der steigenden Ungleichheit.

In Europa ist eine andere Umdeutung der Finanzkrise ab 2008 passiert, – mit ähnlichen Wirkungen. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat es so auf den Punkt gebracht: „Man hätte einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise.“

Finanzkrise oder Schuldenkrise?

Die Finanzkrise ist damit als Thema vom Tisch. Das neue Problem sind die steigenden Staatsschulden und schuld daran sind die überbordenden Ansprüche an den Sozialstaat. Dabei werden die Staatsschulden in ihrer Entwicklung nicht mehr untersucht, sondern nur als Problem hingestellt. Dass die

Staatsschulden im Euroraum erst als Folge der Finanzkrise so stark gestiegen sind, wird ausgeblendet. Vor 2008 ist die Staatsschuldenquote gesunken, das ist heute vergessen. Staatsschulden bilden jetzt ein eigenständiges Problem. Und genau deshalb kann man – ohne über die Ursachen der Finanzkrise nachdenken zu müssen – genau dieselbe Wirtschaftspolitik fordern, die vorher betrieben worden ist: das Staatsbudget beschränken, die Arbeitsmärkte flexibilisieren, den „freien“ Handel fördern, weiter deregulieren usw. Die Politik, die zur Finanzkrise geführt hat, kann jetzt – eine Ironie der Geschichte – noch vehementer als vorher vertreten werden.

Wo bleibt das große Umdenken?

Die Finanzkrise war (für ÖkonomenInnen, PolitikerInnen und die schwäbische Hausfrau) nur ein Betriebsunfall eines ansonsten intakten Systems: wie ein Erdbeben oder ein Tsunami. Weder die ökonomische Theorie (die eine solche Krise nicht als möglich erachtet hat) noch die Politik (die die Bedingungen für die Krise hergestellt hat) brauchen sich zu ändern.

Jetzt kann unter der Devise des „Sparens“ ein neuer Angriff auf den Sozialstaat gefahren werden. Bei niedrigen Wachstumsraten – wie aktuell – wird fast in jedem Land jedes Jahr ein „Sparpaket“ benötigt. Scheibchenweise werden Sozialstandards, Pensionen, Renten und staatliche Dienste zurückgefahren. Aber bei niedrigem Wachstum verschärft ein „Sparen“ des Staates die Situation: Das Volkseinkommen geht noch weiter zurück, Steuereinnahmen sinken, das Defizit wird noch höher, und ein noch größeres „Sparpaket“ muss gefordert werden.

Im ganzen Euroraum droht deswegen eine Deflation: eine Spirale nach unten. Ein Umdenken ist dringend gefordert.

Prof. Dr. Walter Otto Ötsch
*Ökonom und Kulturhistoriker an der
JKU Linz, Leiter des Zentrums für
Soziale und Interkulturelle Kompetenz*

Neue Parteienlandschaften?

AfD und FPÖ im Vergleich

Vor den Europawahlen im Mai 2014 sorgten sich nicht wenige PolitikkommentatorInnen, dass ein Durchbruch europaskeptischer Parteien bevorstehe. Ganz so schlimm kam es nicht; das Wahlergebnis war aber das Gegenteil eines europapolitischen Aufbruchsignals: In Frankreich wurde der „Front National“ zur stärksten Kraft, in Großbritannien die „Unabhängigkeitspartei“ UKIP – und in Italien schaffte es die „Fünf-Sterne-Bewegung“ des Komikers Beppe Grillo auf Platz zwei. Der Newcomer „Alternative für Deutschland“ (AfD) brachte es auf sieben der 96 deutschen Sitze im Europaparlament, die FPÖ ergatterte vier der 18 österreichischen Mandate in Straßburg. Für die AfD bedeutete der Erfolg bei der Europawahl einen wichtigen Durchbruch. Bei den folgenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurde sie von jedem zehnten Bürger gewählt und zog in die drei Landesparlamente ein.

Die Erfolge der Euro-SkeptikerInnen und der Rechtspopulismus

Der von den meisten PolitikwissenschaftlerInnen bevorzugte Ansatz zur Erklärung des Erfolgs europaskeptischer Parteien lautet, dass es sich dabei um „rechtspopulistische“ Parteien handelt. RechtspopulistInnen profitieren von den Modernisierungs-, Säkularisierungs- und Individualisierungsprozessen moderner Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften; sie sammeln die ModernisierungsverliererInnen ein, die mit dem beschleunigten Fortschritt nicht mehr Schritt halten können und sich den etablierten Parteien und/oder „dem System“ entfremdet haben. Europas RechtspopulistInnen protestieren gegen den überregulierenden Steuer-, Sozial- und „Parteienstaat“. Sie monieren die negativen Folgen eines werterelativistischen „Multikulturalismus“ und einer fehlgeschlagenen Integration von AusländerInnen. Rechte PopulistInnen artikulieren die Sorgen der „schwei-

genden Mehrheit“, ihre Angst vor „Überfremdung“, ihren Ausländerhass, ihren Nationalstolz und ihre Wut auf das europäische „Bürokratiemonster“.

Seit Längerem schon entdecken die RechtspopulistInnen „linke“ Themen für sich: Sie propagieren die Ausweitung sozialpolitischer Wohltaten – allerdings nur für die eigene Volksgruppe, die es vor einer „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ zu beschützen gilt. Die Politikwissenschaft spricht deshalb von einem „Wohlstands-Chauvinismus“. Neuerdings wettern die RechtspopulistInnen gegen die Banken; auch die direkte Demokratie haben sie für sich entdeckt, vor allem in europäischen Schlüsselfragen. Der wahlpolitische Hintergrund für das „Reframing“ genuin linker Themen liegt darin, dass die RechtspopulistInnen inzwischen überproportional im ehemals linken Wählerreservoir fischen. Sowohl FPÖ als auch AfD finden den stärksten Zuspruch unter ArbeiterInnen und formal niedrig Gebildeten.

Nationale Besonderheiten: FPÖ ...

Die FPÖ hat aus vielerlei Gründen deutlich rosigere Zukunftsaussichten als die AfD: Zunächst einmal ist sie eine „alte“, traditionell im deutschen Lager Österreichs verankerte Partei, unter deren Gründungsmitgliedern sich viele ehemalige Nationalsozialisten befanden. In der österreichischen Konsensdemokratie war sie ein Außenseiter, der allerdings von ÖVP wie SPÖ umworben wurde. Nach einem kurzen Intermezzo als Partner der SPÖ in der Bundesregierung (1983 bis 1986) verfestigte sich ihr bundespolitischer Außenseiterstatus mit der Wahl Jörg Haider zum FPÖ-Obmann. Haider krepelte die sozialliberal geneigte FPÖ zur rechtspopulistischen Partei um und erzielte Wahlerfolg um Wahlerfolg – im Bund wie in seiner Heimat Kärnten, wo er von 1989 bis 1991 und von 1999 bis 2008 Landeshauptmann war.

Mit dem Beitritt Österreichs zur

Europäischen Union im Jahre 1995 „verdoppelte“ die FPÖ ihren Außenseiterstatus – im Europäischen Parlament fand sie aufgrund ihrer fremden- und europafeindlichen Rhetorik keine Partner. Nachdem die FPÖ bei der Nationalratswahl 1999 noch vor der ÖVP zur zweitstärksten Kraft wurde, nahm die Volkspartei sie in die Regierung auf (ab 2002 das BZÖ). In Europa schlug die Regierungsbeteiligung der Haider-Partei hohe Wellen. Sie führte zu dem Novum, dass der Europäische Rat Sanktionen gegen Österreich beschloss, die allerdings nicht lange durchgehalten wurden. Immerhin ging das Kalkül der ÖVP auf: FPÖ und BZÖ wurden in der Regierung weitgehend „entzaubert“.

Nach der erneuten Bildung der Großen Koalition im Jahre 2007 und dem Unfalltod Haider im Oktober 2008 gelang es Heinz-Christian Strache jedoch, die FPÖ als Oppositionspartei in die alte Erfolgsspur zurückzuführen. Von ähnlich charismatischer Statur wie Haider, profitierte auch Strache von der Vorliebe der österreichischen Boulevardmedien für populistische und EU-kritische Themen.

... und AfD

Während die FPÖ als erfolgreichste und älteste rechtspopulistische Partei Europas gilt, hat der Neuling AfD noch einen langen, mit vielen Unwägbarkeiten behafteten Weg vor sich. Die Rahmenbedingungen sind weit ungünstiger: Trotz der auch in Deutschland bekannten Neigung zum Konsens ist der politische Wettbewerb zwischen Sozial- und Christdemokratischer Partei deutlich profiliert als in Österreich, was das Geschäft für andere und neue Wettbewerber erschwert. Mit viel weniger Recht als in Österreich können sie hier gegen den Proporz oder einen ausufernden Parteienstaat polemisieren. Viele der bevorzugten rechtspopulistischen Themen sind darüber hinaus in Deutschland stärker mit einem Tabu belegt. Die Medien und selbst die

Boulevardpresse halten sich bei allem, was einen fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Anklang haben könnte, viel stärker im Zaum. Es ist kein Zufall, dass die AfD alles daransetzt, nicht als rechtspopulistische, geschweige denn als rechtsextreme Partei zu erscheinen. Mit Erfolg hat sich die Parteispitze um Bernd Lucke bisher gegen jede rechtsextreme Unterwanderung der Partei zur Wehr gesetzt.

Umstritten ist, ob die AfD überhaupt als eine rechtspopulistische Partei charakterisiert werden kann – mit „nationalkonservativ“, europaskeptisch oder wirtschaftsliberal ist das Programm der Partei wahrscheinlich zutreffender bezeichnet. Dem Parteiführer Bernd Lucke mangelt es zudem – wie auch den anderen in der Führungsspitze – an der charismatischen Ausstrahlung und der Chuzpe, wie sie erfolgreiche RechtspopulistInnen andernorts kennzeichnet. Schließlich ist es ungleich

schwerer, eine neue Partei in einem 82-Millionen-Staat mit 16 (teilweise sehr großen) Bundesländern zu etablieren als in einem vergleichsweise kleinen Land mit 8,5 Millionen EinwohnerInnen und neun (teilweise sehr kleinen) Bundesländern. Bisher ist die AfD erst in drei ostdeutschen Bundesländern vertreten. Dort sind die Gelegenheitsstrukturen für sie aufgrund des höheren ProtestwählerInnen- und des geringeren StammwählerInnenpotenzials günstiger als in den westdeutschen Flächenländern.

PopulistInnen schaufeln sich häufig selbst das Grab

Ob die Erfolge der AfD wie die der FPÖ von Dauer sein werden, lässt sich heute nicht voraussagen. Die schwierigste Aufgabe, die die Partei zu bewältigen hat, liegt im Aufbau einer flächendeckenden, dauerhaft funktionierenden Parteiorganisation und in der Rekrutierung kompetenten Personals für die

Parlamentsfraktionen. Daran hapert es, wie unzählige Beispiele in Europa zeigen, am häufigsten. Populistische Parteien haben es aufgrund ihres Charakters – der Zentriertheit auf eine politische Führungsfigur, der Beliebigkeit oder mangelnden Realitätstauglichkeit ihres Programms und des allgemeinen Vorurteils gegenüber der korrupten, „schmutzigen“ Politik – nicht leicht, engagiertes, frustrationstolerantes und loyales Personal zu finden. Davon weiß derzeit vor allem das Team Stronach ein Lied zu singen. Wegen der Unbeständigkeit und Launenhaftigkeit des Populismus sowie der nicht selten auch charakterlichen Defizite seiner AnführerInnen und AnhängerInnen werden in Zukunft neue Parteien häufiger auftauchen, aber auch schneller wieder verschwinden.

Dr. Patrick Horst
*Lehrstuhl für Politikwissenschaft
Universität Passau*

Russland, Ukraine, EU – eine Bestandsaufnahme komplizierter Verhältnisse

Die Beziehungen zwischen Russland und der EU sind derzeit mehr als unterkühlt. Beide leugnen gemeinsam an der Krise verantwortlich zu sein. Die Verantwortung ist eine geteilte, wenn auch nicht zu gleichen Teilen. Russland hat die Krise zweifellos eskaliert und das Völkerrecht mehrfach gebrochen. Aus russischer Sicht aber war das nur eine Reaktion auf die Ausweitung der westlichen Einflussphäre auf ein Land, das Russland als Teil der russischen Zivilisation betrachtet.

Die Revolution gefährdet russische Interessen

Mit dem revolutionären Umbruch in Kiew am 22. Februar d. J. hat Russland eine strategische Niederlage erlitten. Die an die Macht gelangte Regierung, die sich aus zwei nationalistischen Parteien zusammensetzte, drohte aus russischer Sicht maßgebliche Interessen Russlands zu gefährden. Dazu zählte die Bündnisfreiheit der Ukraine wie

auch die Sicherung der Krim als Basis der russischen Schwarzmeerflotte. Russland hat seine Interessen aggressiv gesichert – unter Anwendung von Gewalt und Bruch bilateraler Verträge mit der Ukraine und des internationalen Rechts.

Die EU hat auf den russischen Rechtsbruch mit der Aussetzung der Verhandlungen über einen neuen Grundlagenvertrag und die Visa-Liberalisierung reagiert. Darüber hinaus wurden Kontosperrungen und Einreiseverbote gegen an der Besetzung der Krim beteiligte Personen verhängt. Diese Reaktion war noch zurückhaltend und sollte den Dialog mit Russland aufrechterhalten.

Sanktionen der EU

Als sich Russland aber mit Lieferung von Waffen, finanzieller Unterstützung und dem freien Grenzübertritt für Söldner daran beteiligte, die östliche Ukraine zu destabilisieren, hat

die EU die dritte Stufe der Sanktionen eingeleitet. Am 31. Juli und am 5. September wurden gezielte finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen beschlossen. Dazu zählt ein erschwerter Zugang zum Kapitalmarkt der EU für russische Banken (VTB, VEB, Sberbank und Gazprom-Bank), Energieunternehmen (Gazpromneft, Transneft und Rosneft) und Rüstungsunternehmen. Dadurch wird diesen Unternehmen die Refinanzierung ihrer ausländischen Schulden nahezu unmöglich gemacht. Die Liquiditätskrise dieser Firmen wird aber durch den russischen Staat aufgefangen.

Dazu kommen Restriktionen beim Export von Dual-use-Gütern, das sind Güter, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Darüber hinaus verhängte die EU ein Ausfuhrverbot betreffend Ölfördertechnologie für Tiefseebohrungen, arktische Bohrungen und Schieferölformationen. Zuletzt wurde auch ein Waffenembargo

Russland, Ukraine, EU – eine Bestandsaufnahme komplizierter Verhältnisse

Fortsetzung von Seite 5

gegen Russland beschlossen – gültig aber nur für neue Verträge.

Diese weitreichenden Sanktionen waren innerhalb der EU nicht unumstritten; letztlich wurde darüber aber doch Einigung erzielt. Sind die Sanktionen aber rationale Antworten auf das russische Verhalten?

Was sollen Sanktionen bewirken?

Für die einen sind die Sanktionen vor allem ein dringlich notwendiges Signal an die russische Führung, dass ihr Vorgehen nicht gebilligt wird. Wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen sollen daher als Botschaft eingesetzt werden.

Für die anderen dienen Sanktionen auch dazu, Russland zu bestrafen. Die russische Wirtschaft soll nachhaltig geschädigt und in die Rezession getrieben werden. Durch die damit misslicher werdende soziale Lage soll die Unterstützung für Putin in der russischen Bevölkerung sinken. Dieses Lager sieht die Sanktionen langfristig auch als Möglichkeit, Putin zu entmachten oder stürzen.

Als weiteres Ziel der Sanktionen wird im Westen die Möglichkeit angesehen, Russland damit zu einer Änderung seines Verhaltens zu bewegen. Putin hat aber trotz der Sanktionen keine Zugeständnisse mehr gemacht. Rechtsnationalistische Kreise würden ihn des Verrats zeihen, und die national mobilisierte Bevölkerung würde dies nicht verstehen. 64 Prozent der Russ-

lands sind dafür, die Rebellion in der Ostukraine aktiv zu unterstützen.

Auch ist nicht davon auszugehen, dass die Sanktionen zu scharfen Auseinandersetzungen in der Führungselite führen. Dazu ist die liberale Fraktion zu schwach, die „Partei des Krieges“ zu stark. Hoffnungen, durch Sanktionen gegen den inneren Kreis der Macht den Druck auf Putin zu erhöhen, sind vergeblich.

Die Erwartung, Putin könnte die Rebellierenden fallen lassen, verkennt auch die hohe Bedeutung, die die Kontrolle über die Ukraine für Russland hat. Ein Versäumnis der SanktionsbefürworterInnen ist, nicht zu erkennen, wie sehr Russland das Abgleiten der Ukraine in die westliche Einflusszone als Bedrohung seiner strategischen Interessen sieht.

Waffenruhe als Ergebnis?

Doch hat es nicht lange gedauert, bis Stimmen laut wurden, die den am 5. September 2014 in Minsk erreichten Waffenstillstand in der Ostukraine als Ergebnis der von der EU verhängten Sanktionen der dritten Stufe interpretieren. Natürlich hat die EU ein Interesse daran, die Sanktionsstrategie als erfolgreich darzustellen. Nur stimmt es nicht, dass die Sanktionen einen Anteil an der Entscheidung der Konfliktparteien hatten, sich auf eine Waffenruhe zu verständigen.

Die harten Sanktionen der EU haben zu keiner Verhaltensänderung Russ-

lands geführt. Russland hat nicht nur die Rebellen weiterhin mittels Waffen und Söldnern gestärkt, sondern sogar nach diesen Sanktionen seine Beteiligung an dem militärischen Konflikt in der Ostukraine eskaliert – mit dem direkten Einsatz russischer Verbände. Die mutmaßliche direkte militärische Beteiligung Russlands an den Kämpfen hat die ukrainische Armee zurückgedrängt. Die Rebellen konnten erhebliche Geländegewinne erzielen. Der ukrainischen Führung sollte damit deutlich gemacht werden, dass Russland die Rebellen nicht fallen lassen wird. Der ukrainische Präsident Poroschenko erkannte schließlich, dass diese Auseinandersetzung militärisch nicht zu gewinnen ist, und willigte in die Waffenruhe ein.

Trotzdem: Die SanktionsbefürworterInnen meinen, diese Maßnahmen seien alternativlos. Es gelte, den bewaffneten Konflikt in der Ostukraine endgültig zu beenden. Die Hoffnung, dass diese Ziele durch Sanktionen zu erreichen sind, sind mehr als beschränkt. Wenn Sanktionen kein Selbstzweck werden und die Beziehungen zu Russland nicht in die Zone des Kalten Krieges abgleiten sollen, wird die EU zu neuen Antworten finden müssen.

Univ.-Prof. Dr. Gerhard Mangott
*Politikwissenschaftler, Universität
Innsbruck*

**Besuchen Sie unsere Website auf
www.dioezese-linz.at/soziales**

Hier finden Sie

**Berichte, Texte und Bilder zu
unseren Veranstaltungen:**

„Auf den Spuren des Geldes“ (*Studienfahrt nach Wien, 29. Okt. 2014*)

„Ermutigung statt Angst. Politik und Kirchen zwischen Vertrauen und Misstrauen“ (*Symposium St. Florian, 30. Okt. 2014*)

Abonnieren Sie unseren Newsletter:
sozialreferat@dioezese-linz.at

Die Bibel und die Armen

Wo sind die Armen in unseren Kirchen? Die Antworten liegen weniger im Bereich des moralischen Appells als vielmehr in einer veränderten Spiritualität. Zu diesem Schluss gelangt auch eine Auslegung des Wortes „Selig die Armen“ vom Obdachlosenpriester Joseph Wresinski. Seine Arbeit wird in einem weiteren Beitrag in ein fiktives Gespräch gebracht mit dem Bischof von Rom Franziskus, dessen Apostolischem Schreiben Evangelii Gaudium längere Zitate entnommen sind. Und deshalb kommt in „Bibel heute“ eine von Armut betroffene Frau aus Basel in zwei Beiträgen selbst zu Wort. Auch die Berliner „Straßenexerziten“ des Jesuiten Christian Herwartz werden vorgestellt.

Bibel heute, Die Bibel und die Armen, Stuttgart (Kath. Bibelwerk e.V.) 2014, 32 Seiten, Euro 6,90. Bestelladresse: Bibelwerk, Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz, E-Mail: bibelshop@dioezese-linz.at
☎ (0732) 76 10-32 31 (portofrei mit dem Kennwort „Interesse“)

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse
se - interesse - interesse - interesse - interesse
e - interesse - interesse - interesse - interesse

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

J. Nautz, K. Stöckl, R. Siebenrock (Hg.): Öffentliche Religionen in Österreich. Politikverständnis und zivilgesellschaftliches Engagement. Innsbruck university press, 2013, 292 Seiten. € 21,90

Der Sammelband stellt den gegenwärtigen Forschungsstand zu öffentlichen Religionen (public religions) in den Mittelpunkt, im Fokus steht politisches Handeln und zivilgesellschaftliches Engagement von Katholischer, Evangelischer und Orthodoxer Kirche, Jüdischer Gemeinde und Islamischer Glaubensgemeinschaft. Die behandelten Fragen werden jeweils aus zwei Perspektiven beantwortet: durch einen offiziellen Vertreter der jeweiligen Religion und durch einen wissenschaftlichen Beitrag. Darüber hinaus werden noch Berichte aus der Praxis vorgestellt (Jüdische Identität im Wien des 21. Jahrhunderts, Niederösterreichische Integrationsgespräche, Islamische Seelsorge sowie das „Türkengedächtnis“ in Österreich und seine sichtbaren Spuren in Wien).

Oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation (Hg.): Naturschutz und Demokratie. Höhen und Tiefen einer schwierigen Beziehung. oekom Verlag, München 2014, 143 Seiten. € 17,95

Die Durchsetzung von Naturschutzinteressen ist in einer demokratischen Gesellschaft oft langwierig und mühsam. Die Debatte reicht von Positionen, die demokratische Mitbestimmungsrechte einschränken wollen, um Wirtschaftsprjekte schneller durchziehen zu können, bis zu jenen Positionen, die nach einer „Ökodiktatur“ rufen, in der dem Naturschutz Vorrang vor allen anderen Interessen gewährt wird. Angesichts des drängenden Problems Klimawandel und des drohenden Verlustes an Artenvielfalt braucht es eine moderne Naturschutzpolitik, die mehr Demokratie und mehr Nachhaltig-

keit erreicht. Es werden vor allem drei Ansätze näher vorgestellt: das Konzept der deliberativen Umweltdemokratie, die verordnete Nachhaltigkeit und die Ökokratie. Insgesamt interessante Ansätze, die praktischen Beispiele beziehen sich allerdings ausschließlich auf Deutschland.

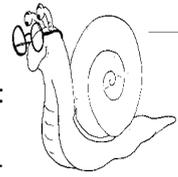
M. Rosenberger: Im Brot der Erde den Himmel schmecken. Ethik und Spiritualität der Ernährung. oekom Verlag, München 2014, 443 Seiten. € 34,95

Essen und Trinken stehen heute in vielerlei Hinsicht in der öffentlichen Diskussion. Seien es Kochshows in allen Fernsehsendern, Diätpläne in den Beilagen der Zeitungen und Zeitschriften, das Problem der weggeworfenen Nahrungsmittel oder das Phänomen des „Mülltauchens“. Rosenberger nähert sich der „Nahrung“ in sechs Themenkreisen. Er untersucht Essen und Trinken als „Einverleiben“, als Grundvoraussetzung aller Geschöpfe. Dann betrachtet er sowohl die spezifisch menschliche Gestaltung der Mahlzeiten als auch der Fastenzeiten. Es folgen Ausführungen über die Tischgemeinschaft und weiters über die Welternährung. Hierauf verlässt er den menschlichen Bereich und nimmt die Tiere als Nahrungslieferanten und Nahrungskonkurrenten ins Visier, und schließlich geht es um die ökologischen Aspekte der Ernährung. Das Ganze wird abgerundet mit einem Ausblick auf ein Mehr (Himmel), auf ein himmlisches Hochzeitsmahl. Fazit: Essen und Trinken als echter Genuss statt Lustfeindlichkeit.

GAiA. Zeitschrift für ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Gesellschaft. 2/2014. oekom Verlag, München. € 27,30

Die zweisprachige Zeitschrift GAiA (englisch, deutsch) befasst sich mit Hintergründen, Analysen und Lösungen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen. Sie wendet sich an WissenschaftlerInnen und Wissenschaftsinteressierte. Die Hauptthemen der vorliegenden Ausgabe sind: Governance of environmental expertise, Transdisciplinary project design sowie Klimaskepsis und Klimareligion von Michael Rosenberger (s. o.).

Zur Weihnacht: Im Blödsinn liegt die Liebe



Der doofe Kapitalismus überwuchert das Weihnachtsfest wie der Bauchspeck meinen Gürtel. Der Begriff des „Potlatch“ sagt Ihnen bestimmt etwas, Sie wissen schon, das waren die Schenkfeste, bei denen sich ur-amerikanische Stämme gegenseitig durch Präsente überbieten mussten und sich dabei fast ruiniert hätten. Die europäischen Eroberer verboten das Geschenkshochkrusten. Vielleicht haben sie die „Indianer“ ja mit billigen Krediten getröstet, man weiß es nicht.

Was ich eigentlich sagen will: Vernünftige Menschen sollten gegen diese verschwenderischen Materialschlachten zu Weihnachten auftreten. Der Warenfetischismus ist böse! Aber, weil ich nicht fürs Vernünftige bezahlt werde: Ich finde das Schenken gut.

Es war ein Stofftier vom Flohmarkt, das mir vor wenigen Jahren den Sinn von Weihnachtsgeschenken erst wirklich erschlossen hat, dargebracht von einer meiner lieben Ex-Erziehungsberechtigten. Das Marmeltier ließ eine energiegeladene Melodie ertönen, wenn man es in die Zehen zwickte. Ich war glücklich. So etwas Hässliches zu schenken lässt auf tiefe Liebe und Vertrauen schließen! Ins Osternest legen mir die Eltern bis heute Gurkengläser und eingelegten Knoblauch. Der Mann, den ich sehr gut kenne, bekommt von mir rosafarbene Batikkrawatten. Die Schwestern unförmige Aschenbecher aus Salzteig (leider rauchen sie nicht, aber ich kann nichts anderes).

Ich wage zu behaupten, dass wir einander gerade wegen dieser bescheuerten Geschenke inniglich zugetan sind. Darum bin ich zwar eine schlechte Schriftstellerin (ich weiß nichts über das Unglück schlimmer Familien), aber mein Leben ist halbwegs schön. Und Ihnen schenke ich zu Weihnachten diese Kolumne. Sie ist bescheuert, weil Sie mir am Herzen liegen.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - interesse - interesse - interesse - in
e - inf

TERMINE

Frauen.Leben.Linz

Mi., 26. Nov. 2014, 19 bis 21 Uhr,
Haus der Frau, 4020 Linz,
Volksgartenstraße 18
Referentin: *Univ.-Prof.ⁱⁿ Gabriella Hauch*
Eine Frauen- und Geschlechterge-
schichte im 19. und 20. Jh.
Kosten: 6 Euro
Nähere Infos und Anmeldung: Haus
der Frau ☎ (0732) 66 70 26

Frauenbesuch im Landtagsclub

Mi., 3. Dez. 2014, 15 bis 18 Uhr
Info und Anmeldung (bis 25. Nov.):
Haus der Frau, s. o.

3. Dialogveranstaltung „sozialwort 10+“

Mi., 3. Dez. 2014, 14 bis 19 Uhr,
Albert-Schweitzer-Haus,
Schwarzspanierstraße 13, 1090 Wien
Infos auf <http://sozialwortzehnplus.org>

Gott im Krieg. Die bischöfliche Theologie im Ersten Weltkrieg

Di., 9. Dez. 2014, 19 bis 21 Uhr,
Bildungshaus Schloss Puchberg,
4600 Wels, Puchberg 1
Referent: *Dr. Wilhelm Achleitner*
Kursbeitrag: 10 Euro
Nähere Infos und Anmeldung:
☎ (07242) 475 37-0
puchberg@dioezese-linz.at

Schuld(en) – (Er)Lösung – Befreiung

Do., 22. Jän. bis Sa., 24. Jän. 2015
Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49,
4020 Linz
Referent: *Prof. Dr. Franz Segbers*
Europäisches Seminar, veranstaltet
vom Cardijn-Verein
Kosten: ca. 50 Euro ohne Unterkunft,
ca. 150 Euro mit Unterkunft
Nähere Infos und Anmeldung:
www.cardijn-verein.org,
tony@pro-vocation.org

Demokratie-Werkstatt Wels

Di., 3. Feb. 2015, 19 bis 21 Uhr,
Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels

Monatlich stellt ein Welser Politiker
sein Verständnis von Demokratie vor
und zur Diskussion

Nähere Infos zu Politikern, Themen
und weiteren Terminen:

☎ (07242) 475 37-0
puchberg@dioezese-linz.at

Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg

Mi., 11. Feb. 2015, 19 Uhr
Bildungszentrum Maximilianhaus,
4800 Attnang-Puchheim, Gmundner
Straße 1b
ReferentInnen: *Nicola und Thomas
Abler*
Kosten: VK 7 Euro, AK 9 Euro
Anmeldung: ☎ (07674) 66 550
maximilianhaus@dioezese-linz.at

Politischer Aschermittwoch

Mi., 18. Feb. 2015, 20.15 bis 22 Uhr,
Bildungshaus Schloss Puchberg, Wels
Kursbeitrag: 5 Euro
Nähere Infos und Anmeldung:
☎ (07242) 475 37-0
puchberg@dioezese-linz.at

4. Zukunftssymposium

„Lust auf Zukunft – Wachstums-
zwänge überwinden für eine enkel-
taugliche Welt“
Fr., 27. Feb. 2015, 19.30 Uhr, Treff-
punkt Dominikanerhaus Steyr
Referent: *Dr. Harald Klimenta*
Kosten: 7 Euro, erm. 5 Euro
Nähere Infos und Anmeldung:
www.treffpunkt.dominikanerhaus.at
dominikanerhaus@dioezese-linz.at
☎ (07252) 454 00

TERMINAVISO

Gesellschaftspolitische Tagung 2015

„Willkommen in Österreich!
Asyl und Fremdenrecht in der
Praxis!“

Sa., 14. März 2015, 13 Uhr
bis So., 15. März 2015, 13 Uhr

Bildungshaus Schloss Puchberg,
4600 Wels, Puchberg 1
Referent: *Dr. Michael Landau,*
Präsident der Caritas Österreich

TN-Beitrag: 40 Euro
Mehr Infos im INTERESSE 2015/1
Anmeldung und Informationen:
☎ (0732) 76 10-32 51
sozialreferat@dioezese-linz.at

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,
ein herzliches Dankeschön an
all jene, die uns bereits nach der
Juni-Ausgabe mit der Einzahlung
eines Druckkostenbeitrages unter-
stützt haben.

Dieser Ausgabe von INTERESSE
liegt ein Zahlschein bei.
Wir bitten Sie um einen **freiwilligen
Druckkostenbeitrag von 7 Euro**
für das Jahr 2014.
Wir danken Ihnen für Ihre
Unterstützung!



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
Herausgeber und Verleger: Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at
www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG, Römerweg 1, 4844 Regau
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau
Erscheinungsort Linz, P.b. GZ 02Z031665 M

Katholische Kirche
in Oberösterreich

